

ruchlose Geschäftsmänner, die Köpfe der Weltfinanz, die Urheber des Weltkrieges, die den Locomoer Zwangsfrieden gestiftet haben, kurz alles das verbrochen, wofür die Schuldigen nicht aufkommen wollen, über dieses geht noch ein Antisemit Dr. Rosenthal und stellt uns an den Pranger!

Wäre Dr. Rosenthal Nichtjude, würde es uns nicht kränken, aber da er Jude sein will und es auch einmal war, tut es uns weh, daß er uns, wo er doch unseren Inhalt kennen müßte, so verkennt und verschmäht.

Das Protestgefühl, das sein unschönes Betragen hervorruft, ist nur das tiefe Leid des Juden. Da nun sein Betragen durchaus nicht parlamentarisch war, so kann ihn nur das Gewicht der empörten Seele treffen.

Weshalb sollten wir Ostjuden oder menschlich denkende Westjuden unseren nationaldeutschen Juden reineres wahres Interesse entgegenbringen als ihr Rabbiner, der seinem moralischen Tod nun erlegen ist? Es tut uns wirklich leid, einen jüdischen Gelehrten so arg mit der Glut der wahren Tatsache zu überfallen. Aber wer ist der Urheber, wenn nicht dieser selbst?

Die „Reinheit“ der deutschnationalen Juden hat uns durchaus nicht gestört. Wir sehen deutlich die Irrfahrten der Assimilation, genau so wie wir es in Ungarn oder sonstwo sahen. Wir verstehen auch, wenn die Völkischen oder die anderen Bluthunde sich gegen diese auflehnen, aber nicht, weshalb sie es tun gegen das Gesamtjudentum das mit so einem rassenreinen „deutschen“ Judentum nichts gemein hat. Sogar ihr Rabbiner, der nur die Lehre Moses und Israels verkünden soll, hat mit uns nichts gemein. Oder hat der Rabbiner Dr. Rosenthal eine andere Lehre, die nicht auf dem Berg Sinai, sondern in der Oranienburger Straße gegeben worden ist?

Wenn sich dieses geistige Oberhaupt auch mit dem Studium anderer Lehren befaßt hätte, dann hätte er solch eine Kulturlosigkeit, wie seine eigene, merken müssen.

Wo und wann hast du lieber Leser so eine Schmach erlebt, daß der geistige Vater seine Söhne verleugnet? Und wäre er es nicht, dann wundert uns wirklich, daß er so etwas fertig gebracht hat.

Uns wundert bloß noch die Berliner jüdische Gemeinde, die über zehntausend steuerzahlende Bürger aus dem Osten, oder solche, deren Väter Ostjuden waren, verfügt, deren Rabbiner vegetiert und den man mit der Erziehung jüdischer Kinder bestraft.

Die Gelder, die aus steuerzahlenden jüdischen und ostjüdischen Quellen der Gemeinde zufließen, sollen für humane und religiöse Institute verwendet werden, aber nicht für hetzerische Zwecke, die das wahre Gefühl der Bruderliebe, auf die uns die Lehre besonders hinweist, in einer so schändlichen Weise verunzugen; gerade durch einen Mann, dem mehr Kenntnisse und Tatgefühl zugemessen wird, als einem aus dem gewöhnlichen Volke.

Da ohnehin schon viel Geld verpufft worden ist, wird die jüdische Gemeinde nun gewiß für die Abhilfe der ostjüdischen Not mehr Sorge tragen, und die ungeheure Not in der Grenadierstraße und den benachbarten Straßen lindern. Denn wenn ihr Rabbiner, Dr. Rosenthal, auch gegen die Ostjuden ist, so sind diese ja immerhin wichtige und gute, steuerzahlende Elemente der Berliner jüdischen Gemeinde. Eine gründliche Revision würde viele interessante Tatsachen der Öffentlichkeit übergeben können. Uns sind aus dem Tätigkeitsbezirk der Gemeinde viele Fälle zu Ohren gekommen, einige davon werden wir bei nächster Gelegenheit noch behandeln, wenn die Gemeinde nicht die nötige Abhilfe schaffen wird.

Fischl.

## Bosheit der Woche

Der Völkische Beobachter, das Leiborgan Adolf Hitlers, scheint nicht nur nicht beobachten, sondern auch nicht einmal lesen zu können. Da das Nachdenken nicht seine Stärke ist, bringt er in seiner Nummer vom 5. Februar auf der ersten Seite unter der großen, in die Augen stehenden Überschriftszeile „Der Kampf geht um unsere Allmacht“ — „Offene Worte eines Rabbiners“, zwei Stellen aus dem Leitartikel „Unsere Juden“, von unserem Schriftleiter „Rabbiner“ Fischl. Da Sinn und Wortlaut völlig umstellt ist, lehnen wir eine sachliche Auseinandersetzung ab. (In Ungarn haben die Völkischen französische Franken gefälscht, hier Zeitungsmeldungen und Leitartikel.) Wir möchten bloß bemerken, daß der fragliche „Rabbiner“ Fischl kein Rabbiner, sondern Berufsjournalist ist und für das deutsche Vaterland als „verfluchter“ Ausländer viel mehr gekämpft und gelitten hat als Adolf Hitler. Oft genug haben wir unseren Standpunkt klargestellt und da die völkischen Redaktionen unser Blatt sehr aufmerksam lesen, ist auch unser präzises Werturteil über die völkische Gegenwart nicht ihrer Aufmerksamkeit entgangen.

Graf Psalm.

## Aus aller Welt

### Ein jüdisch-religiöses Konsistorium in Litauen

Kowno. (AJPB.) Der Innenminister erließ eine Verordnung betreffend Bildung eines jüdisch-religiösen Konsistoriums für Litauen, welches die Stelle der von der Regierung und dem Parlament aufgehobenen Autonomie der jüdischen Gemeinden einnehmen soll. Die Führer der bisher vorhandenen jüdischen Gemeinden legten Protest gegen die Bildung des Konsistoriums ein.

### Ein amerikanischer Jude spendet zweieinhalb Millionen Dollar

New York. (JTA.) Mr. Daniel Guggenheim teilte dem Staatssekretär für Handel, Mr. Herbert Hoover, mit, daß er 2 500 000 Dollar zwecks Schaffung eines Daniel Guggenheim-Fonds für Förderung der Luftschiffahrt bereit stellt. Mr. Guggenheim hat schon im vergangenen Jahre 500 000 Dollar zur Gründung einer Schule für Aviatik an der Neuyorker Universität gespendet.

### Barlassina beim Papst

Rom. (JTA.) Der lateinische Patriarch in Jerusalem, Monsignore Barlassina, wurde dieser Tage vom Papst in besonderer Audienz empfangen. Wie „Tribune“ mitteilt, wurden während der Audienz in ausführlicher Weise die Angelegenheiten des lateinischen Patriarchats, sowie die allgemeine Lage in Palästina, im Zusammenhang mit den Erfolgen der zionistischen Arbeit, besprochen.

### Drohende Zwangs-Sonntagsruhe in Lettland

Riga. (AJPB.) Die juristische Kommission des Lettländischen Sejms hat die Gesetzesvorlage in bezug auf die Sonntagsruhe fertiggestellt. Die Majorität hat beschlossen, dem Sejm einen Gesetzentwurf vorzulegen, in welchem die vollkommene Sonntagsruhe für alle Betriebe vorgesehen ist. Der Gesetzentwurf bedeutet eine schwere Schädigung der jüdischen Wirtschaftsinteressen.

### Brotlosmachung der jüdischen Angestellten in Konstantinopel

Konstantinopel. (JTA.) Das Handelsdepartement begann mit der Durchführung des Gesetzes, wonach in den Warenhäusern das nichtmoslemische Personal durch Moslemiten zu ersetzen ist. Der Inhaber einer der größten jüdischen Firmen Konstantinopels, Orosdi-Back, wurde aufgefordert, binnen wenigen Tagen sein jüdisches Personal zu entlassen und Türken einzustellen. Man fürchtet, daß außer Armeniern und Griechen auch Tausende von Juden durch dieses Gesetz brotlos gemacht werden.

### Jüdische Proteste in Rumänien

Bukarest. Der Vorsitzende des Verbandes der jüdischen Gemeinden in Rumänien, der Bankier Eli Bercowici, besuchte den Ministerpräsidenten Bratianu und schilderte ihm das unaufhörliche Martyrium der jüdischen Studentenschaft in Bukarest. Bratianu versprach, die notwendigen Schritte zu unternehmen. — Der Verband der Juden Alt-Rumäniens „Uniunea Evellor Romani“, dessen Präsident Herr Dr. Fildermann ist, veröffentlichte eine scharfe Protestkundgebung gegen die Verfolgung der jüdischen Studenten an der Bukarester Universität.

### Zwei Monate Gefängnis für einen völkischen Verleumder

Berlin. (JTA.) Wie aus Augsburg telegraphiert wird, wurde der Redakteur des nationalistischen Blattes „Der deutsche Michel“, Xaver Weixler, zu zwei Monaten vierzehn Tagen Gefängnis und Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt, weil er die städtischen Polizeibehörden fortgesetzt beleidigt und ihnen u. a. vorgeworfen hat, daß sie solche Polizeiberichte unterschlagen, in denen von Juden die Rede ist.

### Lloyd George verwarft sich gegen Antisemitismus

London. Die Bemerkung Lloyd Georges über den Austritt Sir Alfred Monds aus der Liberalen Partei, daß Mond den Weg eines berichtigten Mitgliedes seiner Rasse (Judas) gegangen ist, hat natürlicherweise überall Aufsehen erregt. In einer Erwiderung auf eine Begrüßung der Liberalen in Shrewsbury führte nun Lloyd George aus: „Ich kommentiere immer mit Hinweis auf gewisse Exemplare: jede Rasse hat ihre Exemplare, auf die ich gelegentlich hinweise. Nichts erfüllt mich mit größerer Verachtung, als wenn ich sehe, wie gewisse Zeitungen aus meiner Kritik über ein gewisses Mitglied der jüdischen Rasse antisemitisches Kapital zu schlagen sich bemühen. Das ist alles, was ich über diese Angelegenheit noch zu sagen hätte.“

### Der christlich-soziale Parteitag — Schrei nach „mehr Antisemitismus“

Wien. Gestern begannen hier die Beratungen des Gesamtparteitages der Christlich-sozialen. Bundeskanzler Dr. Ramek referierte über die politische Lage und trat für den Welterbestand der Arbeitsgemeinschaft mit den Großdeutschen ein. Abg. Dr. Jerzabek gab dem Wunsche Ausdruck, daß die antisemitische Politik in Zukunft wieder aktiver als bisher sein möge. Er schloß, man dürfe insbesondere nicht vergessen, daß die christlich-soziale Partei durch den Antisemitismus groß geworden ist.

### Die Liquidation der jüdischen Gemeinde-Autonomie in Litauen

Kowno. Eine Abordnung der Kownoer jüdischen Gemeinde erschien beim Innenminister und ersuchte ihn um Verlängerung der Amtsdauer der bisher auf demokratischer Grundlage bestehenden autonomen jüdischen Gemeinden. Wie es heißt, ist die Regierung nicht willens, diesem Ersuchen Folge zu leisten; es besteht die Absicht, den autonomen Gemeinden einen Termin von höchstens sechs Monaten zwecks Liquidierung einzuräumen. Eine besondere Kommission wird eingesetzt werden, die die Liquidation der jüdischen Gemeinden überwachen soll.

### Die Fischereirechte am Kinerethsee

Einige Araber, die den Juden das Recht, Fischfang auf dem See Kinereth zu betreiben, bestreiten, versuchten, auf die jüdischen Fischer einen Ueberfall zu veranstalten. Die Behörden werden zur Schlichtung dieses strittigen Fischereirechtes angerufen werden. Die jüdischen Fischer haben zunächst verzichtet, ihrem Gewerbe auf dem Kinerethsee nachzugehen. (Ziko.)

### Ängste der französischen Antisemiten

Paris. Die Zeitung „L'action Francaise“ regt sich über das Erscheinen von zwei jüdischen Tageszeitungen („Pariser Blätter“ und „Pariser Hajnt“) in Frankreich auf und schreibt: „Es existieren in Paris jüdische Kinos, jüdische Theater; die städtischen Schulen im Viertel du Marier sind von jüdischen Kindern besetzt, jüdische Lehrer und Rabbiner lehren dort den Talmud. Sehr bald werden wir auch ein eigenes jüdisches Parlament in Frankreich haben. Herr Leon Blum und seine Glaubensgenossen im Palais Bourbon und im Senat werden wohl dem auserwählten Volke als gesetzgebende Repräsentanz nicht lange mehr genügen.“

### Die Massenverhaftungen in Bialystok

Warschau. (JTA.) In der gestrigen Sejm-Sitzung brachte Abgeordneter Hartglas im Namen des jüdischen Klubs eine Interpellation ein, in der gefordert wird, die Regierung müsse veranlassen, daß die Lage der in Bialystok und Umgebung verhafteten Juden (mehr als 600) geklärt wird. Es wird behauptet, daß diese vielen Personen ein Opfer polizeilicher Willkür sind. Die Polizei wolle beweißen, daß sie auf dem Posten ist. Die Öffentlichkeit wird aber nicht getäuscht, man weiß, daß die Verhafteten mit kommunistischen Umtrieben nichts zu tun haben. Sie sind nicht wiederzugebenden moralischen und körperlichen Marterungen unterworfen.

### Agudisten in Amerika gründen Kolonien in Palästina

New York. Eine Gruppe Anhänger des „Gorer Rebbe“ hat die Gründung einer neuen Kolonie in Palästina beschlossen. Die finanzielle Grundlage scheint gesichert zu sein. Auch die Anhänger des „Czortkower Rebbe“ beschlossen die Gründung einer eigenen Kolonie und hielten darüber mit Rabbi Halpern aus Amsterdam Besprechungen ab. Mit dem Philantropen Morris Engelmann wird wegen Gründung einer Agudah-Kolonie verhandelt. Auch die vereinigte Agudah-Jugend Amerikas schreitet an die Gründung einer eigenen Palästina-Kolonie. Der Keren Hajischuw hat bereits für diesen Zweck vorläufig 260 Dunam Boden zur Verfügung gestellt.

### Die Organe Bethlens u. Klebelsbergs hetzen geg. Vazsonyi mit Pogromen

Budapest. (JTA.) Es erregt hier Aufsehen, daß das Regierungsorgan „Budapesti Hirlap“ den Führer der demokratischen Opposition, den jüdischen Abgeordneten Dr. Wilhelm Vazsonyi, durch Androhung von Pogromen einzuschüchtern versucht. In dem, wie man glaubt, vom Ministerpräsidenten Bethlen inspirierten Artikel wird ausgeführt, der Führer der Jüdischen Ungarn sollte doch bedenken, daß seine zu scharfe Opposition zum Wiederaufleben des Antisemitismus im ganzen Lande führen müsse. Die Regierung werde dann kaum in der Lage sein, der Bewegung Herr zu werden.